

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Blotz. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Gr. von auswärts 12 Gr. Reklamezeile 40 Groschen. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 37

Sonntag, den 25. März 1928

77. Jahrgang

Oesterreich will Polen den Handelsvertrag kündigen

Keine Einigung über die Zollvalorisierung

Wien. Die Verhandlungen, die im Zusammenhang mit der polnischen Zollvalorisierung zwischen der polnischen und einer österreichischen Delegation in Warschau geführt wurden, sind abgebrochen worden. Die österreichische Delegation fährt in den nächsten Tagen nach Wien zurück. Ueber den Verlauf der Verhandlungen ist zu berichten, daß die polnische Regierung auf der Durchführung der Valorisierung bestand. Darauf wurde von österreichischer Seite die Ermäßigung einiger für den österreichischen Export besonders wichtiger Zollsätze gefordert. Die polnische Regierung erklärt sich hierzu aber nur unter der Bedingung geneigt, das Oesterreich seinerseits weitere Zugeständnisse besonders durch Herabsetzung der Zölle für polnische Schweine und Schweinefleisch mache. Dies

mußte jedoch von österreichischer Seite abgelehnt werden. Man rechnet nunmehr mit der Möglichkeit, daß Oesterreich sich zur Kündigung des Handelsvertrages mit Polen gezwungen sehen wird. Vorher will die österreichische Regierung allerdings versuchen, ihren Standpunkt mit anderen Mitteln durchzusetzen.

Wie weiter gemeldet wird, sind auch die gleichzeitig mit den polnisch-österreichischen Verhandlungen geführten Besprechungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei ins Stocken geraten. Es ist daher wahrscheinlich, daß Oesterreich und die Tschechoslowakei sich über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber Polen verständigen werden.

Der Erdölwahlfonds

Ungewöhnliche amerikanische Korruptionsstandale. — Zwei Regierungen bestochen.

Im kommenden Herbst findet die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten statt. Als Vorbereitung dazu werden jetzt neuerlich die Korruptionsstandale der Delmagnaten aufgeführt. Jede Präsidentschaftswahl eröffnet solche vorübergehende Einblicke in die finanziellen Hintergründe der amerikanischen Politik, aber die Parteiparade und die Presse sorgen schon dafür, daß bei allen Untersuchungen nichts gehehe, was diese Verbindungen auf die Dauer abschneiden könnte. Die wirklichen Zusammenhänge reiflos aufzuklären, dazu fehlt der Wille sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern: beide Parteien leben ja nur von den Bestechungsgeldern, die die großen Räuber ihnen zuwerfen. Immerhin wird im Kampfe um die Besetzung der Amtsstellen — denn das ist ja der wirkliche Eintrag der Wahlen — manchmal doch der Schleier gelüftet. So geschah dies auch jetzt, und wieder steht im Mittelpunkt des Interesses die Verschönerung der Deservenden der Kriegsmarine, der sogenannte Teapot-Dome-Scandal.

Bereits vor vier Jahren wurde ein Untersuchungsausschuß des Senats eingesetzt, um festzustellen, unter welchen Umständen der Delmagnat Sinclair das Teapot-Dome-Feld im Staate Wyoming — und die Gruppe des Delmagnaten Doherty das Revier von Elk Hills in Kalifornien erworben haben. Die Untersuchung wurde in Gang gesetzt, weil der damalige republikanische Staatssekretär des Innern, Fall, beschuldigt wurde, daß Sinclair ihn mit hunderttausend Dollar bestochen hätte. Fall leugnete, aber nach einigen Tagen gab der Rechtsanwalt Sinclairs zu, daß er dem Staatssekretär Fall Freiheitsanleihe (Kriegsanleihe) im Werte von fünfundsiebenzigtausend Dollar geschenkt habe. Als der andre Delmagnat, Doherty, unter Eid vernommen wurde, gab er zu, daß er seinem alten Freund Fall hunderttausend Dollar geliehen habe. Fall mußte ausgeschifft werden, ihm folgten noch zwei andere Mitglieder der republikanischen Regierung, der Marineminister Denby und der Justizminister Daugherty, der schlimmste Verfolger der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Die Demokraten jubelten ob der Bloßstellung der republikanischen Regierung. Ihre Freude dauerte aber nicht lange; schon nach einigen Tagen teilte Doherty dem Senatskomitee mit, daß vier Mitglieder der früheren demokratischen Wilson-Regierung im Solde seiner Delmagnaten standen. Der demokratische Staatssekretär für Finanzen MacAdoo, der Justizminister Gregory, der Innenminister Lane, der Kriegsminister Garrison, alle leitenden Männer der Wilson-Regierung bezogen regelmäßig Gehalt oder erhielten Zuwendungen von der Doherty-Gruppe. Da also Demokraten und Republikaner in gleicher Weise geschmiert und gestört waren, schien die Angelegenheit politisch nicht aussehbar zu sein, und die Zeitungen sorgten bald dafür, daß sich das öffentliche Interesse von ihr abwende. Da es sich aber um Delfelder der Kriegsmarine handelte, gaben die hohen Militärs keine Ruhe und zwangen die Regierung, Schritte zu unternehmen, um die Delfelder zurückzugewinnen. 1925 strengte die Regierung einen Prozeß an und das Oberste Gericht erhob die Anklage gegen Fall und Doherty wegen Verschönerung und Betruges. Beide wurden von der Anklage der Verschönerung freigesprochen und alles war auf dem besten Wege, verschmiert und vergessen zu werden.

Da kam aber eine unerwartete Wendung: die Staatsanwaltschaft behauptete, daß auch die Geschworenen, die alle freisprachen, bestochen waren, forderte eine neue Untersuchung und die Ueberprüfung durch eine neue Jury. Die konnte nicht verhindert werden und endete mit der Verurteilung Sinclairs und sechs Genossen wegen „Verschönerung zwecks Sabotierung der Justiz“. Unter ihnen befand sich William J. Burns, der gewesene Leiter des Geheimdienstes der Justizverwaltung, also etwa der Chef der politischen Polizei, der die berüchtigten Hehjagden auf die „Radikalen“ aller Schattierungen durchführte. Die ganze Bande wurde zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt, wogegen sie natürlich Einspruch erhob. Bevor das Urteil in Rechtskraft erwachsen konnte, wurde die Aufmerksamkeit durch neue Enthüllungen in eine andere Richtung gelenkt.

Der Schwiegerjohn des Staatssekretärs Fall, ein gewisser Everhart, teilte der Senatskommission mit, daß er im Jahre 1922 von Sinclair Freiheitsanleihen im Werte von 233 000 Dollar erhalten habe mit dem Auftrag, sie Fall zu übergeben, und daß Fall noch außerdem 36 000 Dollar als Darlehen bekommen habe. Befragt, gab Fall dies

Der Völkerbund vor neuen Schwierigkeiten

Paris. Die „Volonte“ beschäftigt sich eingehend mit der Völkerbundsstrife. Das Blatt gibt dabei der Ansicht Ausdruck, daß es vollkommen unauß sei, zu versuchen, die gegenwärtige Krise abzuleugnen. Seit 18 Monaten komme der Bund nicht mehr weiter. Er enttäusche seine besten Freunde und drohe seine sicherste Stütze, die öffentliche internationale Meinung, zu kompromittieren. Die Ursachen seien dreierlei Art:

1. Die Zughaltigkeit der internationalen Bürokratie, die in ihrem eigenen Fortbestehen die sicherste Gewähr für die Fortdauer des Bundes erblickt; darauf sei die ständige Neigung zu Vertagungen zurückzuführen.
2. Der Widerspruch zwischen der gegenwärtigen Organisierung des Völkerbundes und dem internationalen Interesse. Der Grundsatz der Stimmenteilung müsse beschränkt und die Befugnisse des Präsidenten vermehrt, ferner das Schiedsgerichtsverfahren ausgedehnt und der Völkerbund regionalisiert werden.
3. Der Nationalismus, der durch den Widerstand der alten Diplomatie gegen die modernen Verhandlungsmethoden und das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren unterstützt werde.

Kein Wiedereintritt Brasiliens in den Völkerbund

Genf. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat heute von dem brasilianischen Außenminister ein Telegramm aus Rio de Janeiro erhalten, in dem der Empfang der Mitteilung bekräftigt wird, nach der der Völkerbundsrat auf seiner letzten Tagung den Beschluß gefaßt habe, Brasilien zu einer

weiteren Mitarbeit im Völkerbunde aufzufordern. Der brasilianische Außenminister erklärte hierauf, daß Brasilien, trotzdem es sich vom Völkerbunde zurückgezogen habe, dennoch auch weiterhin mit dem Völkerbunde zusammenarbeite und dem Ideal des Völkerbundes, dem Gedanken des allgemeinen Friedens nach wie vor treu verblieben sei.

Der Eintritt der Türkei in den Völkerbund fraglich

Genf. Zu den Gerüchten über Sonderungen der türkischen Delegation wegen Aufnahme der Türkei in den Völkerbund verlautet von türkischer Seite, daß bisher nirgends welche offiziellen Schritte in dieser Frage unternommen worden sind. Die Frage des Eintritts der Türkei in den Völkerbund bleibt so lange gegenstandslos, als die Türkei nicht einen ständigen oder mindestens einen halbständigen Sitz, d. h. die Wiederwählbarkeit in den Völkerbundsrat zugesichert erhält. Gegenüber dem Hinweis, daß dadurch, daß China im September d. J. aus dem Rat ausscheidet eine erhebliche Besserung der Aussichten der Türkei auf einen nichtständigen Ratsitz zu erwarten sei, wird von türkischer Seite erklärt, daß der Eintritt in den Völkerbund während der nächsten Völkerbundsversammlung kaum in Frage komme.

Die Frage der weiteren Teilnahme Sowjetrußlands an den Vorarbeiten der Abrüstungskonferenz scheint bereits in einer Weise geklärt zu sein, die eine teilweise Bearbeitung des russischen Planes bei der 2. Lesung des englisch-französischen Abrüstungsentwurfes ermöglicht. Womit sich die russische Delegation einverstanden erklärt würde.

zwischen deutschen und tschechoslowakischen Regierungsvertretern vorangegangen sind. Der Vertrag bezieht sich der Hauptsache nach auf die Unterhaltung und den Ausbau der Strecke der Ober zwischen der Eisenbahnbrücke bei Annaberg und der Ostamündung, die der deutsch-tschechoslowakischen Grenze zum Teil folgt und die sie an verschiedenen Stellen durchschneidet.

Berlin. In den letzten Tagen sind in Prag die im vergangenen Herbst in Berlin eingeleiteten Verhandlungen zwischen deutschen und tschechoslowakischen Regierungsvertretern aufgenommen worden, die sich auf eine allgemeine Regelung der Verhältnisse der Eisenbahnen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze beziehen. In den verschiedenen umfangreichen Verhandlungen wurden einige der wichtigeren Fragen eingehend erörtert und einer Klärung zugeführt. Die Verhandlungen sollen demnächst auf deutschem Boden fortgesetzt werden.

Eine deutsche Siedlung zerstört

Wie die Abendblätter aus Warschau melden, brannten Freitag Nacht in dem teilweise von deutschen Ansiedlern bewohnten polnischen Dorfe Wola Blendowska in der Nähe von Mlawka 31 Häuser vollständig nieder. Bisher sind drei Tote, darunter zwei Frauen, festgestellt. Sechs weitere Personen sind lebensgefährlich verletzt. Der gesamte Viehbestand des Dorfes ist vernichtet worden.

Tod eines Milliardärs

Paris. Wie aus Cannes gemeldet wird, ist dort der Kanadier Sir Mortimer Barnett Davis einer der reichsten Männer der Welt, dessen Vermögen auf über eine Milliarde geschätzt wird, im Alter von 70 Jahren in seiner Villa in Cannes einem Schlaganfall erlegen. Der Verstorbene hatte sich sein Vermögen hauptsächlich als Mitglied des Rockefeller-Trusts vererbt.

Kleine Differenzen zwischen Danzig und Polen

Danzig. Die polnische Telegraphen-Agentur veröffentlichte ein Communiqué über die Verhandlungen zwischen Polen und der freien Stadt Danzig. Danach strebt das polnische Verkehrsministerium 1. die Aufhebung der Verkehrssteuern an, was von Danzig eingeräumt wird. In der zweiten Frage ist es geneigt, die polnischen Tarife mit den Danziger Tarifen zu unifizieren. Eine solche Unifizierung ist aber lediglich gleichzeitig mit der Einführung einheitlicher Transportbestimmungen auf dem Danziger und polnischen Gebiet möglich. Was die Frage der Posttransporte anbelangt, so sollen Postambulanzen und Postwagen der Danziger Post auf den im Freistaatgebiet gelegenen Bahnen nicht wie bisher kostenlos verkehren, sondern Tariffaße nach den allgemeinen Normen entrichten, die für die Postbeförderung festgelegt sind. Diese letzte Forderung ist geeignet, der polnischen Post in Danzig die Konkurrenz gegen die Danziger Post zu erleichtern, ganz abgesehen davon, daß die Postoberhoheit Danzigs damit durchbrochen würde.

In der Meldung der polnischen Telegraphen-Agentur, die in alle Welt hinausgeht, sind die Dinge so geschildert, als ob Polens Forderungen berechtigt und selbstverständlich wären. Das sind sie aber nicht, wie schon daraus hervorgeht, daß die Verhandlungen in Danzig seit geraumer Zeit stocken, und zwar deshalb, weil Polen auf dieser Konferenz Forderungen stellt, die Danzig niemals zugeben kann, ohne wichtige Bestandteile seiner staatlichen Selbständigkeit zu opfern.

Ein deutsch-tschechoslowakischer Vertrag

Berlin. Am 22. d. Mts. ist in Prag vom Gesandten Dr. Schardt deutschseits und vom Kommissar für Grenzangelegenheiten, Ingenieur Koubik tschechoslowakischeits, ein deutsch-tschechoslowakischer Vertrag über die Grenz- oder unterzeichnet worden, der mehrtägige Verhandlungen in Prag

an der Grenze festgenommen. P. führte einen Koffer bei sich und es wurde angenommen, daß dieser neue Schmugglerware enthielt. Beim Transport nach Chorzow schloß die Arretierte Unwohlsein vor, drängte sich an das Abteilfenster, schleuderte in einem unbewachten Augenblick seinen Koffer die Böschung hinunter und sprang alsdann aus dem Zuge. Später gelang es den Prudlo wieder festzunehmen. P. hatte sich vor der Zollstrafkammer in Kattowitz zu verantworten, wurde diesmal jedoch freigesprochen, da ihm Schmuggel nicht nachgewiesen werden konnte. Wegen seiner Flucht aus dem Abteilfenster wird sich P. noch besonders zu verantworten haben.

Rauchwarenschmuggler. Einen größeren Coup versuchten der Elektriker Johann K., sowie die Arbeiter Viktor und Johann S. aus Ruda, welche 14500 deutsche Zigaretten, 1000 Zigarren, 850 Gramm Prekatabak und 11 Herrenhüte über die Grenze schmuggeln wollten, dabei jedoch gefaßt wurden. Nach Erstattung der Anzeige wurde gegen die drei vor dem Kattowitzer Gericht verhandelt. Alle Angeklagten waren geständig und wurden zu einer Geldstrafe

von je 1200 Zloty bzw. je 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Für die Gefängnisstrafe ist eine Bewährungsfrist gewährt worden, da es sich um noch jugendliche Personen handelt, die bisher nicht vorbestraft gewesen sind. — 500 Zloty Geldstrafe erhielt der Kellner Leo B. aus Kattowitz wegen Schmuggel von 100 Stück deutschen Zigarren.

Die Haldengaje. Auf der Halde der Hugohütte bei Neudorf wurde die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes angetroffen, die als die des Arbeiters Georg Graza identifiziert wurde. Der Tod ist hier infolge Vergiftung von Haldengasen eingetreten.

Aus einer Liebesgeschichte. Der Büroposten Jan Bukowski unterhielt mit der Emilie Bilud aus Neudorf ein Liebesverhältnis, welches anscheinend dem Bruder der P. nicht gefiel. Zwischen ihm und B. kam es anlässlich eines Zusammentreffens zum Krach. Bukowski zog während dieses einen Revolver hervor und gab auf seinen Widersacher zwei Schüsse ab, worauf er flüchtete. Bilud wurde mit leid-

ten Verletzungen zum Arzt geschafft. Ein gerichtliches Nachspiel dürfte wohl den Abschluß dieser beinahe blutig verlaufenen Liebesgeschichte bilden.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Sonntag, 10.15: Übertragung des Gottesdienstes. — **12.10:** Konzert der Warschauer Philharmonie. — **14:** Landwirtschaftlicher Vortrag. — **14.30:** Vortrag, übertragen aus der Kattowitzer Kathedrale. — **15.15:** Konzert, übertragen aus der Philharmonie Warschau. — **17.20:** Verschiedene Nachrichten. — **19.10:** Vorträge. — **20:** Vortrag in englischer Sprache. — **20.30:** Konzert von Warschau und Posen.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz. Druck u. Verlag: „Vita“, Naklad drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.



Blind greift jede Frau nach Lukaschik's Haushaltung's und Toilette Seifen.

Pszczynskie Towarzystwo Bankowe

zap. spóid. z ogr. odp.

Plesser Vereinsbank

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Bedingungen
Halbjährige Verzinsung

Kredite werden an die Mitglieder zu zeitgemäßem Zinsfuß gewährt

Katholischer Gesellenverein.

Sonntag, den 25. März 1928, abends 8 Uhr im „Plesser Hof“

General-Versammlung

Zahlreiches Erscheinen erbeten Der Vorstand.

Evang. Männer- und Jünglingsverein

Dienstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr

Jahresversammlung

im Hotel Zuch's.

1. Jahresbericht; 2. Kassenbericht und Entlastung; 3. Vorstandswahl; 4. Verschiedenes.

Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Lesen Sie die

Grüne Post

Sonntagszeitung für Stadt und Land, eine äußerst reichhaltige Zeitschrift für jedermann. Der Abonnementspreis für ein Vierteljahr beträgt nur 6.50 Zloty, das Einzel-exemplar kostet 50 Groschen.

Abonnements nimmt entgegen

Anzeiger für den Kreis Pleß



Ein neuer

Beyer-Band

ist erschienen:

Suggestion u. Hypnose

Preis 2.65 Zloty

Anzeiger für den Kreis Pleß

Werbet ständig neue Abonnenten!